

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RWB/015(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	Donnerstag, 24.02.2011	Altes Rathaus, Hansesaal, Alter Markt 6, Magdeburg	17:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.1.2011
- 4 DS 0588/10 und DS 0589/10 Thema Lübecker Str./Insleber Straße,
B-Plan 134-7
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg in das Netzwerk
Niederlande-Mitteldeutschland DS0587/10
- 6 Anträge
- 6.1 Touristische Ausschilderung des Wasserstraßenkreuzes A0181/10
- 6.1.1 Touristische Ausschilderung des Wasserstraßenkreuzes S0022/11

6.2	Abwanderung (junger) Frauen stoppen	A0160/10
6.2.1	Abwanderung (junger) Frauen stoppen	S0018/11
6.3	Bürgerbeauftragter Internet	A0174/10
6.3.1	Bürgerbeauftragter Internet	S0019/11
6.4	Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat für Wirtschaft	A0176/10
6.4.1	Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat für Wirtschaft	S0025/11
7	Informationen	
7.1	Arbeitsstand zum Beschluss Nr. 2207-74(IV)08 - Teil "Magdeburger Solarsatzung"	I0318/10
7.2	Sachstand Schiffshebewerk	I0023/11
8	Bericht des Beigeordneten	
9	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hubert Salzborn

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Jens Hitzeroth

Stadtrat Prof.Dr. Alexander Pott

Stadtrat Michael Hoffmann

Stadträtin Edeltraud Rogée

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Alfred Westphal

Stadtrat Dr. Helmut Hörold

Geschäftsführung

Herr Norbert Haseler

Verwaltung

Herr Gerd Grensemann

Beigeordneter Rainer Nitsche

Frau Schübig

Abwesend:

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Prof. Dr. Rüdiger

Bähr

Sachkundige Einwohnerin Iris Gottschalk

Sachkundiger Einwohner Christian Köhler

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 17.00 Uhr eröffnet der Vorsitzende, Herr Stadtrat Salzborn, die Sitzung des RWB-Ausschusses.

An der Sitzung nehmen 7 stimmberechtigte Stadträte und 1 beratender Stadtrat teil. Herr Stadtrat Salzborn stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Stadtrat Salzborn macht den Hinweis, den TOP 4 „Thema Lübecker Str./Insleber Straße“ von der Tagesordnung zu nehmen. Die Drucksache 0588/10 und 0589/10 wurden vom Oberbürgermeister von der nächsten Stadtratssitzung gestrichen.

Die Mitglieder stimmten für diese Vorgehensweise. Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.1.2011

Herr Stadtrat Salzborn stellte fest, dass es keine Hinweise zur Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2011 gibt.

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2011 wurde bestätigt.

4. DS 0588/10 und DS 0589/10 Thema Lübecker Str./Insleber Straße, B-Plan 134-7

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung gestrichen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg in das Netzwerk Niederlande-Mitteldeutschland Vorlage: DS0587/10

Herr Nitsche machte umfassende Ausführungen zur Drucksache und begründete diese. Der Verein ist eine Anlaufstelle für niederländische Unternehmen und Investoren, die hier tätig sind und weitere Vorhaben planen. Der Verein ist ein Netzwerk, welches für die Stadt von großem Interesse ist. Die Handelsbeziehungen zwischen der Stadt Magdeburg und den Niederlanden sind durchaus sehr bedeutend. Es sind aber nicht nur Unternehmen in dem Verein sondern auch Städte gehören dazu. Der Beitrag von 250 Euro im Jahr ist relativ gering.

Herr Stadtrat Hoffman wirft ein, dass zwar Kooperationen durchaus sinnvoll sind, für nicht sinnvoll wird jedoch der Titel gehalten. Wir sind nicht Mitteldeutschland, Preußen ist das Thema. Deshalb kann Herr Stadtrat Hoffmann der Drucksache nicht ganz folgen.

Herr Stadtrat Salzborn gibt zu bedenken, dass wir nicht einfach in den Verein eintreten können und gleichzeitig sagen, wir wollen den Namen ändern. Dieses wird nicht möglich sein. Darüber können wir heute auch nicht befinden.

Herr Nitsche informierte zum Thema Mitteldeutschland, dass auf der nächsten Expo Real die Stadt Magdeburg im Verbund mit anderen Städten zusammen auf einem gemeinsamen Stand Mitteldeutschland auftreten wird. Die wirtschaftliche Praxis geht sehr stark in Mitteldeutsche Kooperation.

Herr Stadtrat Westphal weist darauf hin, dass es in Deutschland nur Norddeutschland, Mitteldeutschland und Süddeutschland gibt. Die Stadt Magdeburg liegt hier eindeutig im Bereich Mitteldeutschland, die Einordnung ist somit genau richtig.

Ja: 5 Nein: 0 Enthaltungen: 2

Die Annahme der Drucksache 0587/10 wird empfohlen.

6. Anträge

6.1. Touristische Ausschilderung des Wasserstraßenkreuzes Vorlage: A0181/10

Herr Stadtrat Westpahl bittet darum dem Antrag zuzustimmen. Er machte noch weitere Ausführungen zu finanziellen Aspekten des Vorhabens, investiver oder konsumtiver Haushalt wo sind Mittel eingestellt. Die Wasserstraßenverwaltung hat signalisiert, dass sie ebenfalls finanzielle Mittel für die Ausschilderung bereitstellen.

Es gab keine weiteren Ergänzungen zu dem Tagesordnungspunkt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Antrag 0181/10 wurde empfohlen.

6.1.1. Touristische Ausschilderung des Wasserstraßenkreuzes Vorlage: S0022/11

6.2. Abwanderung (junger) Frauen stoppen Vorlage: A0160/10

Herr Stadtrat Theile machte Ausführungen zum vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke. Es wird begrüßt, dass die Zielstellung des Antrages auch von der Wirtschaftsförderung befürwortet wird. Dass Einrichtungen, Interessengruppen und Kammern mit einbezogen werden sollen ist ebenfalls zu befürworten.

Herr Nitsche berichtete von der Beratung am 16. Februar mit Kammer und Verbänden. Es gibt gute Ansatzpunkte für die Thematik, im Weiteren wurde der Ansatz des Gender Budgeting erläutert und die Chancen einer Umsetzung auch in Magdeburg. Ebenfalls wurde die Wichtigkeit von Existenzgründerinnen dargestellt. Der vorliegende Antrag soll entgegen der in der Stellungnahme dargestellten Aussage so belassen werden.

Herr Stadtrat Theile verweist darauf, dass nach seiner Ansicht der Text des Antrages durchaus darauf abzielt, Ansätze bzw. Handlungsansätze zusammenzustellen und weiter zu verfolgen. Diese Ansätze müssen formuliert werden.

Herr Stadtrat Westphal hält den Antrag für zweifelhaft. Welchen Einfluss soll die Stadt denn nehmen? Welche Frau hier bleibt oder welche geht ist den Frauen überlassen. Es sind Wunschvorstellungen, die Stadt hat keine Möglichkeiten bei Unternehmen etwas vorzuschreiben.

Frau Stadträtin Rogée ist der Auffassung, dass man Frauen natürlich nicht einfach zurückhalten kann. Wenn sie einmal den Entschluss gefasst haben zu gehen sind sie auch weg. Man sollte jedoch bereits in den Schulen das Gespräch suchen und die Problematik behandeln. Hier könnte z. B. auch die Stadt ihren Einfluss geltend machen. Dieses könnte ein Ansatzpunkt sein.

Herr Stadtrat Theile machte nochmals deutlich, dass durch den Antrag man die Stadt bittet ihren Einfluss gelten zu machen, dem Anliegen die Abwanderung junger Frauen zu stoppen. Mit dem Thema will man ausdrücklich keinen Wahlkampf machen, wenn dieses bei einigen auch so ankommt ist es dennoch falsch.

Herr Stadtrat Hitzeroth merkte an, dass die Universität bereits einige Ansätze zur Förderung junger Frauen auf den Weg gebracht hat. Es gibt einige Aktivitäten und Handlungsansätze, wir brauchen hierzu keinen Beschluss.

Herr Stadtrat Westthal unterstreicht nochmals, dass aus seiner Sicht der Antrag nur eine sehr allgemeine Behandlung des Themas darstellt. Wenn das Anliegen nach innen an die Stadt gerichtet sein würde oder an die städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe könnte man es noch verstehen. Dieses steht jedoch nicht im Antrag.

Herr Nitsche macht deutlich, dass viele Faktoren bei der Thematik außerhalb des kommunalen Wirkungskreises liegen. Dennoch ist es ein Anliegen der Wirtschaftsförderung die Abwanderung junger Frauen zu stoppen.

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 3

Der Antrag 0160/10 wurde empfohlen.

6.2.1. Abwanderung (junger) Frauen stoppen
Vorlage: S0018/11

6.3. Bürgerbeauftragter Internet
Vorlage: A0174/10

Herr Stadtrat Dr. Hörold erläutert die Intention des Antrages der FDP-Ratsfraktion. Das Thema Internet wird auch künftig immer wieder auftreten, deshalb gab es die Idee für dieses wichtige Thema einen Internetbeauftragten zu benennen. Die Benennung eines Ansprechpartners, der zur Problematik informiert und vermittelt ist aus Sicht der FDP-Ratsfraktion eine bürgerfreundliche und wirtschaftsorientierte Maßnahme.

Herr Nitsche stellte heraus, dass das Dezernat III bereits in der Vergangenheit in der Angelegenheit tätig war und auch noch tätig ist. Man ist in den ländlichen Ortsteilen am Thema dran und bis zum Sommer sollen diese Gebiete über schnelles Internet verfügen. Im vorliegenden Antrag geht es jedoch um mehr, die Forderung nach einem Bürgerbeauftragten Internet bedeutet, dass eine ständige Stelle hierfür im Dezernat eingerichtet wird. Dieses kann mit den vorhandenen Kräften nicht geleistet werden. Dann müsste eine neue Stelle hierzu geschaffen werden. Zurzeit wird das Thema praktisch nebenher mit erledigt, es kann jedoch keine ständige Aufgabe sein. Es darf nach außen auch nicht der Eindruck entstehen, die Stadt könnte die Probleme mit einem Beauftragten umfassend lösen. Durch Einrichtung eines Bürgerbeauftragten Internet würden bei den Bürgern Erwartungen geweckt, die nicht erfüllbar sind. Das Dezernat kann es deshalb nicht umsetzen.

Herr Stadtrat Salzborn macht darauf aufmerksam, dass durch den Antrag umfangreiche Erwartungen geweckt werden bei den Bürgern, denn ein Bedarf ist schon vorhanden nach schnellen Internetverbindungen. Die Stadt ist jedoch nicht die richtige Adresse, der Markt sollte es regeln.

Herr Stadtrat Westphal stellt fest, dass der Ausbau des schnellen Internetnetzes eine Infrastrukturmaßnahme ist, die Zuständigkeit für die Förderung der Infrastruktur liegt beim Dezernat III, es muss damit zur Problemlösung beitragen. Man könnte auch darüber nachdenken die Aufgabe der KID zu übertragen.

Herr Nitsche macht deutlich, dass die Aufgabe schnelles Internet anlassbezogen bereits im Dezernat verankert ist und bearbeitet wird. Durch den Antrag wird jedoch noch mehr erwartet, und diese hohen Erwartungen ohne eine weitere Stelle nicht erfüllt werden können.

Herr Stadtrat Salzborn erinnerte daran, dass in der Vergangenheit schon umfangreiche Aktivitäten zum Thema schnelles Internet durchgeführt wurden, z. B. Befragungen, Untersuchungen usw.

Für Herrn Stadtrat Hoffmann hat ein schnelles Internetnetz heute die gleiche Bedeutung wie etwa die Wasser- oder Stromversorgung. Es gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge dazu. Es sollte also gemacht werden, wer es dann letztlich macht ist jedoch eine andere Frage.

Herr Stadtrat Theile schließt sich dem Vorredner an, dass das Anliegen eine wichtige Sache ist, es muss dann aber auch gesagt werden, wo soll das Geld für eine solche Stelle herkommen.

Herr Stadtrat Prof. Pott ist der Meinung, dass es immer noch eine Übergangsphase bei der Entwicklung des schnellen Internet gibt. Die Entwicklung geht sehr schnell man denke nur an die Smartphones, hiermit kommt man mittlerweile sehr gut ins Internet. Die Frage ist, woran wollen wir uns in der Sache orientieren. Es gibt jede Menge Begehrlichkeiten. Dieses kann die Stadt aber nicht regeln, dieses muss der Markt regeln. Es ist keine kommunale Aufgabe. Die Technik wird immer weiter fortschreiten, die heutigen Probleme werden sich auch ohne einen Internetbeauftragten klären lassen. Ein solcher Beauftragter ist nicht notwendig.

Herr Stadtrat Dr. Hörold wirft ein, dass der Markt es gerade nicht regelt. Es ist eine strategische Ausrichtung notwendig, es muss koordiniert werden, es müssen Prioritäten definiert werden. Man könnte natürlich das Wort Bürger weglassen, entscheidend ist, dass es ein Verantwortlicher gibt.

Herr Stadtrat Salzborn führt aus, dass diese Arbeit bereits durch das Dezernat gemacht wird, es besteht keine Notwendigkeit für einen solchen Beauftragten.

Nach einer umfangreichen Diskussion wurde wie folgt abgestimmt.

Ja: 1 Nein: 4 Enthaltungen: 2

Der Antrag 0174/10 wurde nicht empfohlen.

6.3.1. Bürgerbeauftragter Internet
Vorlage: S0019/11

6.4. Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat
für Wirtschaft
Vorlage: A0176/10

Herr Stadtrat Dr. Hörold stellte den vorliegenden Antrag der FDP-Ratsfraktion vor und gibt den Hinweis, dass bereits in der Vergangenheit jedes Dezernat seine Ziele bekannt geben hat, es durch den Antrag jedoch zu einer weiteren Untersetzung kommen sollte. Es soll eine transparente Darstellung der Maßnahmen des Dezernates vorgelegt werden.

Herr Nitsche entgegnete hierzu, dass gerade hier im Ausschuss immer wieder informiert wird wie, mit welchen Maßnahmen und Ergebnissen die Ziele des Dezernates umgesetzt und erreicht werden. Es wurden Maßnahmen und Aktivitäten aufgezählt. Die vielfältigen Aktivitäten sind hinlänglich bekannt und müssen nicht immer wiederholt werden. Selbstverständlich können wir quantitative Messgrößen aufschreiben und regelmäßig vorstellen. Dieses ist jedoch nicht Sinn des Antrages. So kommt man nicht weiter.

Herr Nitsche schlägt vor im Sinne des Antrages, der Sache vertiefend auf den Grund zu gehen, es sollte noch im ersten Halbjahr ein zweites Wirtschaftssymposium gemacht werden. Eine enttäuschende Auflistung von Zahlen sollte nicht gemacht werden. In der Stellungnahme wird dargestellt, dass die Verwaltung eigentlich noch mehr machen will aus dem Anliegen.

Herr Stadtrat Theile erklärt, dass der Antrag unterstützt wird. Es geht nicht nur um die Auflistung von Ansiedlungen, sondern darum, dass ganz deutlich gewisse Ergebnisse mit gewissen Aktivitäten erzielt werden. Man sollte nicht nur Betriebe ansiedeln, sondern man muss auch genau schauen, ob diese Ansiedlungen etwas für Magdeburg bringen.

Herr Stadtrat Westphal möchte wissen, wo ist z. B. die Erfolgsdarstellung nach den Besuchen der Expo Real, seit über 10 Jahren wird dort teilgenommen. Welche Ziele wurden durch die Teilnahme erfüllt. Es ist noch nichts erreicht worden, es sind aber auch noch nie klare Zielstellungen formuliert worden in Bezug auf die Teilnahme an der Messe. Bei klaren Zielen kann man hinterher genau festhalten wir haben unsere Ziel nicht erreicht, wir haben etwas falsch gemacht, wir müssen uns verändern.

Herr Nitsche gibt zu bedenken, dass man bei einer Ansiedlung eines Betriebes nie genau sagen kann, durch welche Aktivität er letztlich sich hier angesiedelt hat. Es gibt keinen eindeutigen kausalen Zusammenhang z. B. zwischen einem Messebesuch und einer Ansiedlung. Ein solcher Zusammenhang, wenn er denn bestehen würde, ist schwer nachzuweisen.

Herr Stadtrat Salzborn sieht den vorliegenden Antrag sehr kritisch. Die Wirtschaftsförderung ist ein schwieriges Geschäft, man kann nicht sagen man hat pro Aktivität so und so viele Treffer. Es kann sich sehr unterschiedlich darstellen, manchmal gelingen mehrere Ansiedlungen oft muss man lange warten bis es zu einer Ansiedlung kommt. Eine kleine und kleinste Ergebniszählerei ist hier nicht hilfreich. Bei der Wirtschaftsförderung ist Arbeit zu machen und nicht laufend aufzuschreiben was man machen könnte, was haben wir nicht erreicht.

Herr Stadtrat Prof. Pott hat zwar gewisse Probleme mit dem Antrag, die Zielstellung ist aber schon richtig. Man sollte das ganze in Richtung einer Zielvereinbarung machen vielleicht über 3 Jahre. Nach den 3 Jahren muss man sich aber schon an den Zielen messen lassen.

Herr Stadtrat Dr. Hörold macht darauf aufmerksam, dass sich die Diskussion immer wiederholt. Wenn ich keine Ziele habe werde ich auch keine erfüllen. Die Frage ist jedoch wie sind die Ziele zu bemessen, wie komme ich dahin diese Ziele zu erfüllen.

Herr Stadtrat Hoffmann erklärt, dass er durchaus Zielvereinbarungen befürworten kann, wenngleich sehr viel Subjektives gerade bei der Wirtschaftsförderung angeführt werden kann. Jeder kann mögliche Ergebnisse unter Umständen anders sehen.

Herr Nitsche führte aus, dass z. B. die Verbesserung der Beratung von Unternehmen man messen kann, diese bedeutet jedoch man müsste eine Vielzahl von Betrieben befragen, dann gab es ein Ergebnis. Eine solche Befragung ist aber mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden.

Das Messen von Ergebnissen muss erst geklärt werden, hier sollte man keine Schnellschüsse machen, deshalb sollte ein Symposium, wie in der Stellungnahme vorgeschlagen, durchgeführt werden. Deshalb sollte der Antrag wie in der Stellungnahme beschrieben geändert werden.

Herr Stadtrat Dr. Hörold könnte sich mit den in der Stellungnahme vorgeschlagenen Änderungen anfreunden, wenn dieses der Weg ist.

Der Antrag 0176/10 soll vom Einbringer wie folgt geändert werden und vom RWB- Ausschuss mit folgender Änderung beschlossen werden.

Der Stadtrat möge beschließen:

In Fortführung des Symposiums Zukunftsperspektiven des Wirtschaftsstandorts Magdeburg am 19. November 2009 und des Beschlusses des Stadtrates vom 29.03.2010 (Beschluss-Nr. 398-16(V)10) zur Potentialerfassung Wirtschaftsstandort Magdeburg ist bis zu Beginn der Sommerpause 2011 ein weiteres Symposium zur Wirtschaftsförderung mit dem Titel „Potentialerfassung des Wirtschaftsstandorts, Ziele und Kennzahlen der Wirtschaftsförderung“ durchzuführen. Dabei ist insbesondere herauszuarbeiten:

Die formulierten Ziele des Verwaltungshandelns des Dezernates für Wirtschaft (I0187/10), – speziell:

- Verbesserung der Beratung von Unternehmen
- Standorttreue ortsansässiger Unternehmen
- Neuansiedlung von Unternehmen

sollen durch konkrete Ist-Soll - Betrachtungen qualitativ und quantitativ konzeptionell untersetzt werden. Dazu sind konkrete Maßnahmeplanungen mit Zielvorgaben/ Verantwortlichkeiten und Milestones zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Ergebnisse dieses zweiten Symposiums sind im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik eingehend zu diskutieren und dem Stadtrat im Sinne einer Zielvereinbarung vorzulegen.

Begründung.....

Nach einer umfangreichen Diskussion wurde der so vom Einbringer Herrn Stadtrat Dr. Hörold geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt.

Ja:7 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Antrag 0176/10 wurde geändert empfohlen.

6.4.1. Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat
für Wirtschaft
Vorlage: S0025/11

7. Informationen

7.1. Arbeitsstand zum Beschluss Nr. 2207-74(IV)08 - Teil
"Magdeburger Solarsatzung"
Vorlage: I0318/10

Frau Strübig vom Umweltamt erläuterte die Intention der vorliegenden Information und erklärte die Thematik umfangreich.

Von Seiten der RWB- Mitglieder gab es keine weiteren Hinweise oder Fragen zur Information.

Die Information 0318/10 wurde zur Kenntnis genommen.

7.2. Sachstand Schiffshebewerk
Vorlage: I0023/11

Herr Grensemann erläuterte die vorliegende Information und gab einen aktuellen Sachstand zum Status Schiffshebewerk. Es wurden die einzelnen Aktivitäten und deren Ergebnisse vorgestellt. Am 9. März 2011 wird der OB ein Gespräch im Bundesverkehrsministerium mit dem Staatssekretär Prof. Scheurle führen.

Ein wichtiger Termin für die RWB- Mitglieder ist der 30. April 2011, wo es wieder einen Aktionstag am Schiffshebewerk geben wird. Um eine Teilnahme wird gebeten.

Herr Stadtrat Salzborn stellte fest, dass vom Bundesverkehrsministerium immer wieder behauptet wird, wir brauchen das Schiffshebewerk nicht mehr. Die Havarie, die im neuen Schiffshebewerk stattgefunden hat, zeigte sehr wohl, dass das alte Schiffshebewerk noch gebraucht wird. Für solche Fälle ist das Schiffshebewerk ein ganz wichtiger Ausweichfaktor. Es wird jedoch immer wieder falsch behauptet und gesagt wir brauchen es nicht mehr. Dieses ist definitiv falsch.

Herr Nitsche informierte, dass wir beim Schiffshebewerk vor allem auf die Karte Tourismus setzen, um es weiter erhalten zu können. Es setzen ganz Norddeutschland und Ostdeutschland auf diese Karte und das Wasserstraßennetz soll hier voll erschlossen sein. Es kommen jedoch Probleme auf die Stadt zu, zurzeit werden alle Wasserstraßendirektionen vom Bund überprüft und in Klassifizierungen eingeteilt. Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Magdeburg ist als weniger wichtig eingeteilt. Dieses ist keine gute Entwicklung und hier müssen wir aufpassen. Mit dem Wassertourismus müssen wir dagegen halten, hier liegen noch Chancen.

Insgesamt sind zum Schiffshebewerk alle Argumente ausgetauscht, es sind umfangreiche Gespräche mit dem Ministerium in Berlin geführt worden. Das Schiffshebewerk ist jetzt eine politische Angelegenheit und so muss es auch entschieden werden.

Die Information 0023/11 wurde zur Kenntnis genommen.

8. Bericht des Beigeordneten

Herr Nitsche informierte, dass in der kommenden Woche Besuch aus Le Havre erwartet wird. Es wird eine formelle Städtepartnerschaft angestrebt. Die kulturellen Bezüge stehen dabei im Vordergrund, auch vom Wirtschaftsdezernat wird der Besuch stark unterstützt.

9. Verschiedenes

Herr Stadtrat Salzborn machte den Vorschlag auf der nächsten Sitzung im März, u. a. das Unternehmen Agro Bördegrün GmbH in Niederndodeleben zu besuchen. Deshalb soll die nächste Sitzung bereits um 16:00 Uhr beginnen, nach dem formellen Teil will man dann zur Besichtigung nach Niederndodeleben fahren.

Den Vorschlag befürworteten alle Mitglieder.

Herr Nitsche bemerkte, dass auf der nächsten Sitzung auch wieder das Thema „Ottostadt“ behandelt werden sollte. Dieses sollte mit vorgesehen werden.

Um 18:45 Uhr schließt der Vorsitzende Herr Stadtrat Salzborn die Sitzung und wünscht allen Mitgliedern einen guten Heimweg.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hubert Salzborn
Vorsitzender

Norbert Haseler
Schriftführer